

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 3. März

(Stand: 03.03, 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
-
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **7. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie ab sofort auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167129.

Dpa-Meldung:

Nach Russland-Sanktionen: Kreditprogramm für betroffene Firmen

Die Bundesregierung legt wegen der Sanktionen gegen Russland im Ukraine-Krieg ein Kreditprogramm für betroffene deutsche Firmen auf. Mit Krediten von der staatlichen Förderbank KfW könnten die Unternehmen von den guten Zinsbedingungen des Staates profitieren, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Donnerstag in Berlin. Das Konzept werde im Kern aus der Corona-Pandemie übernommen. Ziel sei, dass sich Unternehmen, die durch den Krieg Schaden erlitten, neue Geschäftsfelder aufbauen könnten. Ein Volumen des Programms nannte Habeck zunächst nicht. Die Pläne seien noch nicht abschließend in der Regierung abgestimmt, sagte er.

Generell seien die wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges für die deutschen Unternehmen bereits spürbar. Er sei daher dankbar, dass alle Unternehmen die Sanktionen vollumfänglich mittrügen, obwohl sie erheblich belastet seien.

Kernaussagen aus dem OA-Briefing für Unternehmen mit Beteiligung des Auswärtigen Amtes vom 3. März, 11:30 Uhr

- Teilnehmer:
Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland; Philipp Sweens, Geschäftsführer der HHLA International GmbH und Länderkreissprecher Ukraine; Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses; Vertreter des AA, BMWK, BMF

Kernaussagen:

- Seit dem 24.02. stehen wir einem anderen Russland gegenüber, das einen brutalen Angriffskrieg führt. Wir müssen uns jetzt in allen Bereichen anpassen. Offizielle Kontakte werden eingefroren. EU-seitig gibt es aber weiter Gesprächsangebote über die französische Ratspräsidentschaft.

- Die russische Invasion beruhte vermutlich auf falscher Kalkulationsgrundlage. Soldaten und Bevölkerung wird von Moskau völlig falsche Situation vorgegaukelt. Realität ist, dass sich die ukrainische Bevölkerung mit allem, was sie hat, gegen die Invasion zur Wehr setzt und dass es ein sehr blutiger Krieg ist.
- Noch ist die Zeit nicht gekommen, über die längerfristige Perspektive zu reden. Vieles, was aufgebaut wurde, wird erst einmal „in einen Winterschlaf“ geraten.
- Humanitäre Dimension muss prioritär behandelt werden. Es gibt bereits eine Million Flüchtlinge, aber glücklicherweise eine große Hilfsbereitschaft sämtlicher Europäischer Staaten.
- Erfreulich ist die große Einigkeit zwischen Politik und Wirtschaft. Sanktionen sind hart und werden nicht in Frage gestellt. Sie sollten aber auch nicht übererfüllt werden (insbesondere von Seiten der Banken), um etwa zentrale Bereiche wie Rohstoffliegerungen nicht zu gefährden.
- Es gab drei große Pakete, darunter Sanktionen, die beispiellos sind, insbesondere den Finanzmarkt, SWIFT, Zentralbank betreffend. Dazu weitgehende Exportrestriktionen und Personenlistungen.
- In der UN-Vollversammlung gab es eine überwältigende Mehrheit von 141 Staaten für die Verurteilung Russlands für präzedenzlosen Bruch des Völkerrechts. Zusammen mit Russland stimmten nur vier weitere Staaten dagegen.

Wirtschaft:

- Russische Gaslieferungen nach Europa laufen aktuell im Rahmen der Langfristverträge weiter. Neben dem Netz durch die Ukraine und Nord Stream 1 gab es zuletzt auch wieder Gasfluss über die Jamal-Pipeline nach Deutschland.
- Der Hafen Odessa wurde bereits vergangenen Donnerstag auf behördliche Anweisung geschlossen. Das ukrainische Militär hat im Hafen das Kommando übernommen, versucht Güter für eigene Zwecke umzuschlagen. Allerdings besteht Seeblockade durch russisches Militär für alle ukrainischen Häfen. Die Versorgung der Ukraine über Schwarzes Meer ist komplett unterbrochen.
- Die Grenzübergänge zu Moldau und Rumänien sind offen, es gibt aber wenige organisierte Transporte. Einfacher dürfte noch der Landweg über Ungarn und Polen sein.
- Man muss sich auf weitergehende russische Gegensanktionen einstellen. Bislang sind russische Maßnahmen auf Kapitalverkehrsbeschränkungen und Devisenhandel konzentriert, um Devisenabfluss zu verringern. Von Enteignungen ist derzeit nur die Rede.

- Man muss mit harten russischen Gegensanktionen rechnen. Russland verfügt nicht über die Mittel, reziprok auf westliche Sanktionen zu reagieren, daher ist mit asymmetrischen Sanktionen zu rechnen. Die bislang verhängten Stabilisierungsmaßnahmen durch die Zentralbank haben noch nicht wirklich den Charakter von Gegenmaßnahmen.
- Transit: Es gibt Flugraumsperren, die zur Aussetzung der Flüge geführt hat. Gilt aber nicht für Eisenbahn, Schiff, Straße. Lässt sich nicht beurteilen, was noch kommt. Containerschiffahrt: Alle Reedereien stoppen im Moment alle Buchungen Richtung Russland. Die Situation in der Logistik ist sehr angespannt. Lager platzen aus allen Nähten, um das Russland-Volumina kurzfristig zu lagern.
- Es gibt Overcompliance-Tendenzen bei Sanktionen z.B. von Banken und Speditionen. Waren werden nicht mehr abgeholt. Es gibt offenbar auch Probleme bei Zollstellen, die alles anhalten, was Richtung Russland geht. Appell, dass Overcompliance vermieden wird.
- Reisehinweise werden vom AA fortlaufend aktualisiert. Noch sind nicht alle deutschen Bürger zum Verlassen Russlands aufgefordert. Deutsche Botschaft bleibt aktuell in Moskau geöffnet. Gilt auch für Vergabe von Visa. Das wird aktuell fortgesetzt, auch für Studierende/Wissenschaftler, die nach Deutschland kommen möchten.
- Bei Fragen zu Finanzsanktionen sollte man sich an Servicezentrum der Bundesbank in München und BMF wenden. Bei Fragen zu Waren/Exportverbote/Dual-use an das BAFA und BMWK. Hier Kontakte im BMWK:
Sanktionsspezifische Punkte: buero-vb2@bmwi.bund.de
Energieversorgungssicherheit: Jan-kristof.Wellershoff@bmwi.bund.de
- Das BAFA hat eine Hotmail eingerichtet, findet sich auf BAFA Homepage.
- Es gibt Gerüchte, dass die russische Duma morgen die Verhängung des Kriegszustandes beschließen wird. Angeblich gibt es dazu aber bereits ein Dementi der russischen Regierung.

**Aussagen aus der Pressekonferenz von DIHK und AHK Kiew,
3. März, 9:30 Uhr**

Kernaussagen:

Volker Treier, Außenwirtschaftschef DIHK

- Aktion #wirtschafthilft des DIHK gestartet. Aktivitäten für Flüchtende aus der Ukraine. Aufnahme, Vermittlung in Arbeit, sowie Hilfslieferungen in die Ukraine
- -139 Flüchtlingskoordinatoren in den IHKs

- Ursprünglich wollte DIHK Wirtschaftsumfrage und Ausblick vorstellen. Umfrage lief bis 11.02. Der Krieg hat alles geändert, Umfrageergebnisse wurden über den Haufen geworfen.
- Ursprüngliche DIHK-Prognose für Deutschland 3 Prozent, schwieriges Aufschwungjahr der deutschen Wirtschaft. Corona belastet weiter das Geschäft. Exportprognose von +6 Prozent für deutschen Außenhandel 2022 wird nach der aktuellen Entwicklung ebenfalls nicht zu halten sein.
- Bei Russland gab es Zuwachs im Handel 2021. 13. wichtigster Handelspartner für Deutschland. Zahl der deutschen Unternehmen war bereits seit 2010 deutlich rückläufig auf nun noch rund 3500 Unternehmen mit deutscher Beteiligung auf dem Markt. Zahl der deutschen Betriebe, die mit Russland in Geschäftsbeziehungen stehen, insgesamt geschätzt bei 40.000 in ganz Deutschland. Viele Unternehmen jetzt von Sanktionen betroffen.

Auswirkungen:

Containertransport von Hamburg ging stark zurück. Inzwischen gehen Container gegen Null, auch von Rotterdam.

Viele fragen sich, wie sie Geschäft weiter machen. Investitionen aus Deutschland in Russland bei 24 Milliarden, 280.000 Mitarbeiter in Russland.

„Obwohl die Sanktionen das Geschäft gefährden, haben wir keine kritische Stimme gehört, die die Sanktionen für falsch halten. Sanktionen werden auch auf uns Auswirkungen haben. In diesen Tagen nicht wichtig, es geht um die Menschen in der Ukraine.“

- Kontakte mit der Ukraine waren noch auf niedrigerem Niveau. 2000 deutsche Unternehmen vor Ort aktiv mit 50.000 Mitarbeitern. 5 Milliarden Investitionsvolumen, Handel wuchs 2021 um 19 Prozent, das war ermutigend.
- Viele Mitarbeiter der AHK Kiew sind noch vor Ort. Wir versuchen, die Menschen rauszubekommen.

Alexander Markus, Vorstandsvorsitzender der AHK Kiew:

Kernaussagen:

- Ich bin nach der Reisewarnung der Bundesregierung nach Berlin zurückgekehrt. Wir versuchen jetzt unsere weiblichen Mitarbeiterinnen aus Kiew herauszuholen. Die Sorgen sind sehr groß. Die Menschen sind nachts in Kellern, stellen sich tagsüber in die Schlange, um Essen oder Medikamente zu kaufen.
- Die Kammer arbeitet weiter. Wir informieren Unternehmen. Wir unterstützen Spendenaktion der Johanniter Unfallhilfe, die schon erste Hilfsladungen in die Ukraine

gebracht haben.

- Selbst unter den Kriegsverbindungen versuchen noch einige Unternehmen zu produzieren. Das wird aber sicher weiter heruntergefahren, die Mitarbeiter sollen zu Hause bleiben.
- Deutsch-Ukrainischer Außenhandel lag 2021 bei 8 Mrd Euro, vor allem Automobilzulieferer, Kabelbäume, Fensterheber, Bezüge für Autositze, IT-Bereich, Lebensmittelbereich. Ukraine liegt bei Getreide, Ölsaaten, Sonnenblumen, Mais, Raps unter den wichtigsten Produzenten weltweit.

Aktuelle Hinweise der Bundesregierung zu Euler/Hermes

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24. Februar 2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf weiteres ausgesetzt. Am 26. Februar 2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten.

Dies bedeutet, dass für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet werden. Bereits bestehende Exportkreditgarantien sichern Exporteure und finanzierende Banken weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken für diese Länder ab.

Darüber hinaus hat der Interministerielle Ausschuss entschieden alle bestehenden Deckungen unter der Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistung (APG) für zukünftige Lieferungen und Leistungen aufzuheben. Für humanitäre Güter können Ausnahmen auf Antrag bewilligt werden.

Mit Blick auf Anträge für Ausfuhrgeschäfte in die Ukraine beobachtet die Bundesregierung die aktuell dynamische Lage fortlaufend. Es ist und bleibt das Ziel der Bundesregierung, die Ukraine bestmöglich wirtschaftlich zu unterstützen. Über Anträge wird auf Basis der jeweiligen Risikosituation im Einzelfall entschieden. Auch hier gilt der Deckungsschutz für bereits bestehende Exportkreditgarantien.

Eine Zusammenstellung aller Informationen, Deckungspraxis, Ansprechpartner und Q&A's finden Sie auf unserer **Internetseite** [agaportal.de](https://www.agaportal.de) -> Fokus -> [Russland-Ukraine](#).

2. Terminübersicht

3. März: Online-Sitzung des Arbeitskreises Belarus im Ost-Ausschuss, 10:00 bis 11:15 Uhr

Die Teilnahme ist auf Mitglieder des Ost-Ausschusses beschränkt. Weitere Informationen gibt es hier:

[Sitzung des Länderarbeitskreises Belarus | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Für Fragen steht Ihnen Frau Sarah Guhde, Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa, unter s.guhde@oa-ev.de oder unter 030 206167-125 zur Verfügung.

8. März: Briefing des wiiw

Russia's invasion of Ukraine – what can the West do?
with Stephanie Fernkart, Hlib Vyshlinsky, Michael Landesmann and Olga Pindyuk
Date: Tuesday, 8 March 2022, 15:00-16:00 CET
This is an online event via Zoom.

REGISTER

Registration link:

https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_q8bV5fEjRKmANEsEcsGGnA

9. März: ONLINE-EVENT: DECKUNGSPRAXIS RUSSLAND UND BELARUS von 8:30 – 9:30 Uhr

Wir werden Sie in einem wöchentlichen Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis informieren und Ihre Fragen beantworten.

Am 9. März 2022 ab 08:30 begrüßen Sie:

- Vertreter:innen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz
- Felix Brücher, Head of Department Market & Commercial Underwriting, Euler Hermes AG
- Jan-Philipp Apking, Head of Division Underwriting & Risk Management, Euler Hermes AG
- Michael Huber-Saffer, Partner, Investitionsgarantien des Bundes, PricewaterhouseCoopers GmbH.

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Bitte zögern Sie nicht, bei Fragen direkt mit uns in Kontakt zu treten. Unter der Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail info@exportkreditgarantien.de erreichen Sie Ihren Ansprechpartner zu grundsätzlichen Fragestellungen für Ihre Exportabsicherung.

Um Sie über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet zu halten, melden Sie sich bitte einmalig zu unserem Newsletter an:

[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/Hermetdeckungen-Newsletter-abonnieren)

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 2. März)

Die EU ist im Fall eines anhaltenden Kriegs in der Ukraine zu weiteren Sanktionen gegen Russland bereit. Man werde die Reaktion weiter an die Ereignisse vor Ort anpassen, sagte ein Sprecher der EU-Kommission am Donnerstag. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire hatte am Vortag angekündigt, dass die EU wegen des Ukraine-Kriegs Maßnahmen zu Kryptowährungen ergreifen werde. Diese dürften nicht genutzt werden, um die bereits verhängten Finanzsanktionen zu umgehen.

Sanktionen gegen Belarus

Die Europäische Union hat neue Sanktionen gegen Belarus beschlossen. Die Liste beläuft inzwischen auf 702 sanktionierte Einzelpersonen und 53 Unternehmen, die mit Verbot von Geschäftsaktivitäten, Reisesperren und Vermögenssperren belegt sind. Zudem wurden neue Sektorsanktionen beschlossen. Somit gelten Beschränkungen des Handels mit Waren, die für die Produktion oder Herstellung von Tabakerzeugnissen, mineralischen Brennstoffen, bituminösen Stoffen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen, Kaliumchlorid ("Pottasche"), Holzprodukten, Zementprodukten, Eisen- und Stahlprodukten und Gummierzeugnissen verwendet werden.

Weitere Beschränkungen wurden auch für die Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und von bestimmten Technologiegütern und Technologien, die zur militärischen, technologischen, verteidigungs- und sicherheitspolitischen Entwicklung von Belarus beitragen könnten, sowie für die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen verhängt. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten der Europäischen Kommission:

Ausführungsbestimmungen zu Sektorsanktionen gegen Belarus:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:067:TOC>.

Personen- und Unternehmenssanktionen:

[Belarus' role in the Russian military aggression of Ukraine: Council imposes sanctions on additional 22 individuals and further restrictions on trade - Consilium \(europa.eu\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Meldungen aus/über Russland:

Übersicht zu bald fehlenden Zutaten für die Russische Lebensmittelindustrie: Im Land vorhanden sind in erster Linie Getreide, Fleisch, Milch. Fehlen werden unter anderem Gewürze, Aminosäuren, Vitamine, Aromen, Fermente, Kulturen.

<https://agrotrend.ru/news/23463-kakoy-budet-postsanktsionnaya-eda/>

Russland stoppt Lieferungen von Raketentriebwerken an USA

Als Reaktion auf US-Sanktionen stoppt Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos die Lieferung von Raketentriebwerken in die USA. "Lasst sie auf ihren Besen ins All fliegen", sagte Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin im Staatsfernsehen. Zudem wolle Russland vorerst keine gelieferten Triebwerksmotoren mehr warten. Mehrere westliche Länder haben nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie trafen auch die Raumfahrtindustrie. Rogosin hatte bereits in der Vergangenheit vom Westen verhängte Strafmaßnahmen kritisiert und sogar mit einem Ausstieg Russlands aus der Internationalen Raumstation ISS ab 2025 gedroht.

Russische Unternehmen wollen Bankkonten in China eröffnen

Schanghai Russische Unternehmen wollen angesichts der westlichen Sanktionen wegen der Invasion in der Ukraine verstärkt Bankkonten bei chinesischen Geldhäusern eröffnen. „In den vergangenen Tagen sind 200 bis 300 Unternehmen an uns herangetreten, die neue Konten eröffnen wollen“, sagte ein Mitarbeiter der Moskauer Filiale einer chinesischen Staatsbank, der anonym bleiben wollte, am Donnerstag der Nachrichtenagentur Reuters. Viele der Firmen machen demnach Geschäfte mit China. Es sei zu erwarten, dass deren Transaktionen mit der chinesischen Währung Yuan zunehmen werden.

5. Sanktionen der USA

Zu den US-Sanktionen gibt es neues Fact Sheet aus dem Weißen Haus:

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/02/fact-sheet-the-united-states-continues-to-impose-costs-on-russia-and-belarus-for-putins-war-of-choice/>

Belarus-Sanktionen:

Das Bureau of Industry and Security im US-Wirtschaftsministerium hat neue Exportkontrollen auf Belarus angekündigt:

<https://www.commerce.gov/news/press-releases/2022/03/commerce-imposes-sweeping-export-restrictions-belarus-enabling-russias>

Die Regulierung soll erst am 8.3. veröffentlicht werden:

<https://www.federalregister.gov/public-inspection/2022-04819/export-administration-regulations-imposition-of-sanctions-against-belarus>

Das US-Justizministerium hat die Task Force „KleptoCapture“ ins Leben gerufen, um die Sanktionen, Exportkontrollen und anderen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen durchzusetzen, die die USA gegen Oligarchen verhängt haben:

<https://www.justice.gov/opa/pr/attorney-general-merrick-b-garland-announces-launch-task-force-kleptocapture>

Zu den US-Sanktionen hat das OFAC neue Erläuterungen veröffentlicht:

Ausnahmeregelungen:

[russia_gl9a.pdf \(treasury.gov\)](#)

[russia_gl10a.pdf \(treasury.gov\)](#)

[russia_gl13.pdf \(treasury.gov\)](#)

[russia_gl14.pdf \(treasury.gov\)](#)

FAQ:

[Frequently Asked Questions - Newly Added | U.S. Department of the Treasury](#)

[Frequently Asked Questions - Recently Updated | U.S. Department of the Treasury](#)

Die US-Senatoren Marco Rubio und Chuck Grassley haben den Gesetzentwurf „HEROIAM SLAVA“ eingereicht. Es wird vorgeschlagen, Sanktionen gegen alle russischen Staatsunternehmen zu verhängen:

[Rubio, Grassley Introduce Bill to Sanction All Russian State-Owned Enterprises - Press Releases - U.S. Senator for Florida, Marco Rubio \(senate.gov\)](#)

6. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Dpa:

Ost-Ausschuss: Firmen stehen hinter Russland-Sanktionen

Deutsche Unternehmen stehen nach Darstellung des Geschäftsführers des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Michael Harms, klar hinter den Sanktionen gegen Russland.

«Alle sind der Überzeugung, dass diese Sanktionen notwendig sind; wirtschaftliche Erwägungen müssen jetzt zurückstehen», sagte Harms am Donnerstag im ARD-«Morgenmagazin». Während es bei der Verhängung von Sanktionen wegen der russischen Annexion der Krim 2014 noch Diskussionen gegeben haben, inwieweit diese Sanktionen wirklich notwendig seien, erlebe er jetzt «eine große Geschlossenheit».

Deutschland sei allerdings «kritisch abhängig» von russischen Gaslieferungen und sollte daher «auch aus eigenem Interesse einen gewissen Handel mit Russland noch aufrechterhalten», sagte Harms. Letztlich sei das eine politische Entscheidung, aber ein Abbruch dieses Geschäfts «würde uns vor große Herausforderungen stellen».

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben westliche Staaten zahlreiche Sanktionen verhängt. Alle Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der Europäischen Union sind eingefroren. Die EU hat den Ausschluss von sieben russischen Banken aus dem Finanz-Kommunikationssystem Swift in Kraft gesetzt.

Auch gegen Handel mit russischen Staatsanleihen wird vorgegangen. Der Luftraum über allen EU-Staaten ist für russische Flugzeuge gesperrt. Die Bundesregierung hat die sogenannten Hermes-Bürgschaften ausgesetzt und damit deutschen Unternehmen Geschäfte mit Russland erschwert - unabhängig davon, ob es um sanktionierte Güter oder Branchen geht oder nicht.

Dpa:

Porsche, VW, Ikea und H&M stellen Geschäfte mit Russland vorläufig ein

Porsche setzt sein Russland-Geschäft wegen des Krieges gegen die Ukraine aus. Aufgrund der aktuellen Situation habe die Volkswagen-Tochter die Auslieferung von Fahrzeugen nach Russland mit sofortiger Wirkung gestoppt, teilte ein Sprecher am Donnerstag in Stuttgart mit. Porsche ziehe mit der weitgehenden Unterbrechung der Geschäftstätigkeit in Russland die Konsequenzen aus der von starker Unsicherheit und den aktuellen Verwerfungen geprägten Gesamtsituation.

Im Jahr 2021 wurden von Porsche insgesamt 6 262 Fahrzeuge nach Russland geliefert. Der Sprecher sagte, "wir hoffen weiterhin auf eine Einstellung der Kampfhandlungen und eine Rückkehr zur Diplomatie". Man sei überzeugt, dass eine nachhaltige Lösung des Konflikts nur auf Grundlage internationalen Rechts erfolgen könne. "Bei allen Aktivitäten vor Ort stehen die Sicherheit und Unversehrtheit der Menschen an erster Stelle."

Nach BMW und Mercedes zieht nun auch der Volkswagen-Konzern die Konsequenzen aus den aktuellen Entwicklungen in Russland und in der Ukraine. Wie der Wolfsburger Autohersteller am Donnerstag mitteilte, wird das Russlandgeschäft mit sofortiger Wirkung auf Eis gelegt. Das schließt die lokale russische Produktion und den Verkauf von Fahrzeugen gleichermaßen ein.

Auch die schwedische Bekleidungskette H&M und IKEA schließen ihre Läden in Russland bis auf weiteres.

Wirtschaftswoche:

[Lieferengpässe wegen Ukraine-Krieg: Welche Branchen betroffen sind \(wiwo.de\)](https://www.wiwo.de/lieferengpaesse-wegen-ukraine-krieg-welche-branchen-betroffen-sind)

Krieg und Handelssanktionen beeinträchtigen zunehmend die Lieferketten deutscher Unternehmen aus Russland und der Ukraine.

Der Krieg in der Ukraine hat zunehmend auch Auswirkungen auf deutsche Unternehmen. Eine exklusive Auswertung zeigt, welche Branchen in Deutschland am meisten auf Zulieferer aus Russland oder der Ukraine angewiesen sind.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine machen sich auch hunderte Kilometer von den Frontlinien immer deutlicher bemerkbar. Unter anderem in der deutschen Industrie, wie etwa bei den Autoherstellern. Nach VW, Skoda und Porsche stockt auch bei BMW die Produktion, weil wichtige Komponenten fehlen.

VW hatte bereits vergangene Woche einen Produktionsstopp für E-Autos in Dresden und Zwickau angekündigt. Nun folgte BMW mit der Aussage, die Produktion europaweit herunterzufahren. Branchenweit, so heißt es, fehlen Komponenten des Zulieferers Leoni, der in zwei Fabriken der Ukraine bisher unter anderem Kabelbäume und Komponenten für Bordnetze fertigt. Es werden nicht die einzigen wichtigen Bauteile bleiben, deren kriegsbedingtes Fehlen die Fließbandproduktion der Autobauer zum Stocken bringt.

Doch nicht nur die Autoindustrie ist betroffen. Eine Vielzahl von Branchen leidet unter durchbrochenen Lieferketten. Das geht aus einer exklusiven Auswertung des auf das Lieferkettenmanagement spezialisierten IT-Dienstleisters Interos für die WirtschaftsWoche hervor. Der amerikanische Spezialanbieter arbeitet unter anderem für deutsche Autohersteller, Luft- und Raumfahrtunternehmen, Firmen aus dem Finanz- und Versicherungswesen sowie aus der chemischen Industrie.

Am stärksten trifft die Krise viele Maschinenbauer. Auf Unternehmen dieser Branche entfallen rund 11 Prozent aller direkten oder über nur einen Zwischenhändler abgewickelten deutschen Lieferbeziehungen nach Russland oder in die Ukraine. An zweiter Stelle folgen mit rund 10 Prozent Firmen aus der Software- und IT-Wirtschaft, die Leistungen bei Unternehmen in den beiden Konfliktstaaten einkaufen. Die Elektronik- und Elektrotechnikbranche folgt mit 7 Prozent der Lieferbeziehungen auf Rang 3.

Insgesamt beziehen rund 10.000 Unternehmen in der Bundesrepublik direkt oder über Zwischenhändler, sogenannte „Tier-1“- oder „Tier-2“-Lieferanten, Rohstoffe oder andere fertigungsrelevante Vorprodukte aus einem der beiden Länder. Weitere rund 18.000 Unternehmen hierzulande haben „Tier-3“-Lieferbeziehungen. Das heißt, einer ihrer Zulieferer bezieht zumindest indirekt Waren oder Dienstleistungen aus einem der in den Konflikt verwickelten Staaten, so die Interos-Analyse.

Dabei läuft der Handel mit beiden Ländern nur über gerade einmal 220 deutsche Unternehmen mit direkten Lieferbeziehungen. Doch auch wenn diese direkte Abhängigkeit von Zulieferern aus den beiden Staaten vergleichsweise gering scheint, so Interos-Chefin Jennifer Bisceglie, „bedeutet der aktuelle Konflikt über die anschließende Verzweigung der Lieferketten ein erhebliches Risiko für die Wirtschaft“.

Russland liegt laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einem Handelsumsatz von rund 33,11 Milliarden Euro nur auf Rang 12 der wichtigsten Importländer Deutschlands. Das entspricht rund der Hälfte der Importe aus Staaten wie Polen, Italien oder Frankreich, die auf den Rängen 4, 5 und 6 hinter China, den Niederlanden und den USA liegen. Die Ukraine wird unter den Top-15-Lieferanten gar nicht gelistet.

Die besondere Betroffenheit des Maschinenbaus zeigt sich auch daran, wie viele Unternehmen hierzulande insgesamt Rohstoffe oder Vorprodukte über Tier-1- oder Tier-2-Lieferanten aus Russland oder der Ukraine beziehen. Hier entfallen 5 Prozent aller von kriegs- oder sanktionsbedingten Liefereinschränkungen oder -ausfällen betroffenen deutschen Unternehmen auf den deutschen Maschinenbau. Jeweils 3 Prozent stammen aus der Finanzwirtschaft, sind in der Elektronikbranche tätig oder in der Software- und IT-Wirtschaft.

„Die Folgen der ersten Sanktionen zeichnen sich gerade erst ab“, sagt Interos-Chefin Bisceglie. „Schon jetzt ist absehbar, dass die Auswirkungen auf die globale Wirtschaft in der nächsten Zeit noch erheblich zunehmen werden.“ Im vergangenen Jahr hatte der Dienstleister die Schäden durch schwere Lieferausfälle wie etwa die Blockade des Suez-Kanals im Rahmen einer Umfrage erhoben. Danach lag der Schaden bei betroffenen Unternehmen im Mittel der untersuchten Fälle bei rund 184 Millionen Dollar Umsatzverlust pro Jahr.

Angesichts der unabsehbaren Folgen des Ukrainekriegs für die globalen Lieferketten sei es unmöglich, belastbare Prognosen zu den künftigen Schäden für die Weltwirtschaft zu treffen. „Aber wir sehen schon jetzt teils drastische Kostenanstiege bei verschiedensten Gütern“, so Bisceglie, „mit direkten Folgen für die Liefer- und Fertigungskapazitäten unterschiedlichster Branchen.“

dpa:

Ikea stellt Betrieb in Russland und Belarus vorübergehend ein

Nach einer Reihe von anderen Unternehmen stellt auch Ikea bis auf Weiteres seinen Betrieb in Russland ein. Dasselbe gilt für die Geschäfte in Belarus, wie am Donnerstag aus einer

Konzernmitteilung des schwedischen Möbelriesen hervorging. Betroffen von dem Entschluss sind demnach 15 000 Ikea-Angestellte.

Der Ukraine-Krieg habe bereits enorme menschliche Auswirkungen gehabt, zugleich führe er zu ernsthaften Störungen der Lieferketten und Handelsbedingungen, erklärte Ikea.

Aus all diesen Gründen hätten die Unternehmensgruppen beschlossen, den Ikea-Betrieb in Russland vorübergehend einzustellen. Der Schritt bedeutet, dass alle Ex- und Importe in und nach Russland und Belarus vorübergehend gestoppt werden. Dasselbe gilt für die Produktion in Russland. Er beinhaltet auch, dass der gesamte Verkauf in Ikea-Möbelhäusern und -Geschäften in Russland und Belarus gestoppt wird.

Einkaufszentren in Russland, die unter dem Markennamen Mega betrieben werden, bleiben dagegen offen. Dies soll laut Ikea sicherstellen, dass viele Menschen in Russland Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten haben.

Tagesschau:

[Internationale Task Force: Gemeinsam gegen russische Vermögen | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/internationale/task-force-russland)

Zur Umsetzung der Sanktionen gegen Russland beteiligt sich Deutschland an einer internationalen Task Force. Sie soll Durchsetzung der Strafmaßnahmen gegen Russlands Präsidenten Putin und sein Umfeld koordinieren.

Der finanzielle Druck auf Russlands Präsidenten Putin und reiche Oligarchen aus seinem Umfeld soll erhöht werden. US-Präsident Joe Biden kündigte bei seiner Rede zur Lage der Nation an, dass deren Vermögenswerte aufgespürt und beschlagnahmt werden sollen. Die Vereinigten Staaten, die EU-Kommission, Kanada, Frankreich, Italien und Deutschland: Gemeinsam wollen sie die Durchsetzung ihrer Sanktionen koordinieren.

Dafür wird eine spezielle transatlantische Task Force, eine Art Arbeitsgruppe, gegründet. Im Fokus stehen dabei die Vermögenswerte der russischen Oligarchen. US-Präsident Biden kündigte bereits an, Privatjets, Luxus-Apartments und Yachten zu beschlagnahmen. Auch Frankreich erstellt bereits Listen zu Villen, Luxusautos und Yachten.

Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums sagte in Berlin, zur Durchsetzung der Sanktionen könnten auch in Deutschland Beschlagnahmungen erforderlich sein. Er verwies allerdings darauf, dass es dabei jeweils auf den konkreten Fall ankomme. Derzeit liegt die Yacht eines sanktionierten russischen Oligarchen in Hamburg. Dazu, ob beispielsweise diese beschlagnahmt werden könne, wollte sich der Sprecher des Wirtschaftsministeriums nicht äußern.

Grundsätzlich erklärte er, Deutschland stehe mit der Umsetzung der Sanktionen noch ganz am Anfang. Eine Aufstellung zu Vermögenswerten in Deutschland gebe es noch nicht. Das Wirtschaftsministerium betont, die deutschen Vollzugsbehörden hätten viel Erfahrung bei der Durchsetzung von Sanktionen. Es gebe etablierte Strukturen und Prozesse.

dpa:

Modeverband: Geschäftsbeziehungen mit Russland kommen zum Erliegen

Der deutsche Modeindustrieverband GermanFashion erwartet wegen des Ukraine-Krieges einen Zusammenbruch des Russland-Geschäfts. "Die Geschäftsbeziehungen mit Russland kommen zum Erliegen", prognostizierte am Donnerstag der Präsident des Verbandes, Gerd Oliver Seidensticker. Gründe dafür seien die Einschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr und die Tatsache, dass eine Kreditversicherung für die Lieferungen nicht mehr möglich sein werde.

Im vergangenen Jahr hatten sich die Textilexporte aus Deutschland nach Russland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch auf rund 380 Millionen Euro summiert. Auf der Rangliste der wichtigsten Exportländer lag Russland damit allerdings nur an 13. Stelle. Insgesamt brachte 2021 für die deutschen Bekleidungshersteller nach den deutlichen Umsatzrückgängen im ersten Corona-Jahr wieder ein wenig Besserung. "Wir können für das gesamte Jahr 2021 ein leichtes Umsatzplus von 3 Prozent vermelden.

Dies ist angesichts der herben Verluste im vorangegangenen Jahr sicherlich ein gutes Zeichen, doch das Vorjahresniveau von 2019 ist noch nicht wieder erreicht", sagte Seidensticker. Erfreulich sei, dass der Exportmotor wieder angesprungen sei. Die wichtigsten Abnehmerländer für Textilien aus Deutschland sind weiterhin die Schweiz, Polen und Österreich."

Abgesehen von der dramatischen und ungewissen Lage in Russland und der Ukraine gehen die deutschen Hersteller mit vorsichtigem Optimismus ins Jahr 2022 und hoffen, gegen Ende dieses Jahres das Niveau von 2019 wieder erreichen zu können", sagte Seidensticker.

Handelsblatt:

Russland wäre von Handelsstopp 59-mal stärker betroffen als der Westen

Ein dauerhafter Handelsstopp zwischen Russland und dem Westen hätte ungleiche Folgen für beide Seiten. Auch ein verstärkter Handel mit China würde Russland kaum helfen. Berlin Die russische Volkswirtschaft würde langfristig deutlich stärker leiden als die des Westens, wenn die USA und ihre Partner ihre Handelsbeziehungen mit Russland auflösen würden. Das zeigt eine Modellierung des Kiel-Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo).

Russlands Wirtschaftsleistung würde demnach jährlich um knapp zehn Prozent geringer ausfallen. Der Schaden für die russische Volkswirtschaft würde grob bei 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr liegen. Bei den westlichen Staaten lägen die Einbußen bei bloß 0,17 Prozent, das ist rund 59-mal weniger. „Ein Handelskrieg zwischen Russland sowie den USA und ihren Verbündeten würde Russlands Wirtschaft langfristig empfindlich treffen“, sagt IfW-Handelsforscher Alexander Sandkamp.

Die Forscher haben ein Modell genutzt, das zeigt, wie sich Handelsströme langfristig anpassen, wenn internationale Lieferbeziehungen unterbrochen sind. Die verhängten Sanktionen wurden in der Modellierung nicht berücksichtigt, um die langfristigen Folgen erkennen zu können.

[Handelsblatt](#)

Ikea, Renault, BP, Ferrero – So hart treffen die Russland-Sanktionen Europas Konzerne

Siemens und BMW ziehen sich aus Russland zurück. Doch nicht nur Deutschland leidet – welche Firmen und Branchen im europäischen Ausland die Folgen besonders zu spüren bekommen.

Es sind massive Sanktionen, die der Westen gegen Russland verhängt hat. Sie treffen die Oligarchen, die Märkte und die Unternehmen des Landes mit voller Wucht. Zugleich wirken die Erschütterungen zurück auf die großen Volkswirtschaften Westeuropas.

Erste deutsche Unternehmen verabschieden sich aus Russland: Daimler Truck hat die Produktion und den Verkauf von Lastwagen dort gestoppt und erwägt einen kompletten Rückzug. BMW stoppt die Produktion in und den Export nach Russland. Auch Siemens stellt das Neugeschäft in dem Land ein und wird nur vertraglich bereits vereinbarte Serviceleistungen, zum Beispiel an Zügen, weiter erbringen.

Doch nicht nur in Deutschland führen die Sanktionen zu Verwerfungen. Wie groß ist das Russlandrisiko anderer europäischer Staaten? Trotz überschaubarer Handelsverflechtungen gibt es spürbare Auswirkungen auf einzelne Branchen und Firmen.

Frankreichs Autobauer Renault bangt um Absatz in Russland

Frankreichs Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire trat kürzlich Sorgen entgegen, dass die Sanktionen gegen Russland wegen des Angriffs auf die Ukraine auch der heimischen Wirtschaft stark schaden könnten. Lediglich etwas mehr als ein Prozent der französischen Exporte würde nach Russland gehen, sagte Le Maire. Bei den Importen mache Russland weniger als zwei Prozent aus.

Doch obwohl das Russland-Risiko der französischen Wirtschaft insgesamt eher gering ist – für einige Unternehmen steht viel auf dem Spiel. Besonders betroffen ist Renault, dem seit 2017 der russische Autobauer Avtovaz mit der Marke Lada gehört. Russland macht fast ein Fünftel der Autoverkäufe der Renault-Gruppe aus.

Renault legte die Produktion in seinem Werk bei Moskau am Montag vorübergehend still, in dem unter anderem der SUV Kaptur hergestellt wird. Zur Begründung hieß es aus dem Konzern, es gebe „Unterbrechungen bei der Versorgung mit Bauteilen“. Auch im Avtovaz-Werk im südrussischen Toljatti sei es zu Produktionsproblemen gekommen.

Ebenfalls betroffen sind die Einzelhandelsriesen der Mulliez-Gruppe, die ihr Russlandgeschäft in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark ausgebaut haben. So betreibt die Supermarktkette Auchan mehr als 200 Filialen in Russland, das Sportgeschäft Decathlon immerhin 60 Filialen.

Im französischen Finanzsektor bereiten die Sanktionen vor allem der Großbank Société Générale mit ihrer Tochter Rosbank Sorgen. Der Zeitung „Les Échos“ zufolge kursieren verschiedene Szenarien: Im schlimmsten Fall drohe ein kompletter Wertverlust des russischen Ablegers im Umfang von 2,7 Milliarden Euro.

Der Energiekonzern TotalEnergies hat eine Reihe von Beteiligungen im russischen Öl- und Gassektor. Konzernchef Patrick Pouyanné sagte, dass das Russlandgeschäft für drei bis fünf Prozent des Umsatzes stehe. „Das werden wir in den Griff bekommen“, sagte er. Trennen will sich Total von den russischen Aktivitäten bislang offenbar nicht.

Britische Ölkonzerne ziehen sich aus Russland zurück

In Großbritannien kündigte der Energiekonzern BP dagegen an, seinen knapp 20-prozentigen Anteil am russischen Ölkonzern Rosneft aufzugeben. Im ersten Quartal müsse man deshalb möglicherweise bis zu 25 Milliarden Pfund abschreiben. Mit Rosneft verliert BP ein Drittel seiner Öl- und Gasproduktion – und rund drei Milliarden Gewinn im Jahr.

Am Montag erklärte auch der zweite große Ölkonzern Shell seinen Rückzug aus Russland. Man werde alle Joint Ventures mit dem Staatskonzern Gazprom beenden. Das Unternehmen schätzt den Wert der Beteiligungen auf drei Milliarden Dollar.

Abgesehen davon sind Russland und die Ukraine jedoch keine wesentlichen Handelspartner für das Königreich. Die Exporte in die beiden Länder liegen bei rund fünf Milliarden Pfund im Jahr, die Importe bei 13 Milliarden Pfund. Die größten Auswirkungen auf britische Firmen hätten die steigenden Preise für Energie und Rohstoffe, sagt die Chefvolkswirtin des Unternehmerverbands CBI, Rain Newton-Smith.

Der Londoner Finanzsektor leidet vor allem unter der allgemeinen Unsicherheit, die ein Krieg mit sich bringt. In Krisensituationen vermeiden viele Marktteilnehmer das Risiko. Banker klagen, dass Anleihe-Emissionen, Börsengänge und Fusionspläne vorerst auf Eis gelegt werden.

Russischer Weizen als Risiko für italienische Pasta

Da sich die Sanktionen der westlichen Regierungen insbesondere gegen russische Finanzfirmen und Superreiche richten, verlieren einige Londoner Dienstleister auch wichtige Kunden. Die Großbanken HSBC und Barclays betonten allerdings vergangene Woche, dass ihr Russlandgeschäft sehr begrenzt sei.

Italien ist mit einem Volumen von knapp acht Milliarden Euro der viertgrößte Exporteur innerhalb der EU, mehr als 11.000 italienische Firmen sind in Russland aktiv. Der Ukrainekrieg könnte Italien einen ganzen Punkt beim Wirtschaftswachstum kosten, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut CER in Rom errechnet.

Schon die Sanktionen nach der Krim-Annexion haben die Unternehmen deutlich zu spüren bekommen: Um mehr als 28 Prozent ist der Export seitdem eingebrochen. Der Handwerksverband Confartigianato hat errechnet, dass die kleinen und mittelständischen Betriebe dadurch knapp 25 Milliarden Euro an Umsatz verloren haben.

Nun wird eine weitere Abwärtsspirale befürchtet, etwa in der Nahrungsmittelindustrie: 18 Prozent des italienischen Exports nach Russland machen Lebensmittel und Getränke aus, vor allem Nudeln und Wein. Gleichzeitig drohen durch den Ukrainekrieg höhere Preise auf dem Getreidemarkt: Die italienischen Pasta- und Kekshersteller sind recht abhängig von russischen Weizenexporten, die Viehzüchter von ukrainischem Mais als Futtermittel.

Der staatliche Ölproduzent Eni gab bekannt, seine Beteiligung an der von Gazprom betriebenen Pipeline Blue Stream zu verkaufen, die Gas aus Russland in die Türkei bringt. Der schweizerisch-italienische Logistikkriese MSC kündigte an, keine Aufträge mehr von und nach russischen Häfen anzunehmen.

Andere große Unternehmen vor Ort sind etwa der staatliche Energieversorger Enel, der in Russland zwei Gaskraftwerke und einen Windkraftpark betreibt. Der Zementhersteller Buzzi Unicem kontrolliert in der Region Jekaterinburg eine der größten Zementfabriken im Land, die pro Jahr etwa 2,5 Millionen Tonnen produziert. Der Nutella-Hersteller Ferrero betreibt gut 180 Kilometer östlich von Moskau seit 2008 ein Werk mit 900 Mitarbeitern.

Zu den besonders betroffenen Branchen zählen auch die Pharmaindustrie, Maschinenbauer und die Mode- und Textilindustrie, die allein 1,5 Milliarden Euro in Russland umsetzt. So macht etwa der Schuhproduzent Geox neun Prozent seines Umsatzes vor Ort. Dazu kommt der Möbelsektor, in Italien sehr mittelständisch geprägt, der vergangenes Jahr Produkte im Wert von 400 Millionen Euro nach Moskau exportierte.

Spaniens Firmen seit Jahren auf Rückzugskurs

Spanische Unternehmen haben ihre Beziehungen zu Russland bereits 2014 deutlich reduziert, als die EU nach der Annexion der Halbinsel Krim Sanktionen gegen das Land verhängt hat. „Die Sanktionen damals waren für Spaniens Firmen viel bedeutender als jetzt und haben damals vor allem die Nahrungsmittelbranche getroffen“, sagt Juan Carlos Martínez Lázaro, Ökonom an der Madrider Business School IE.

Zu den Hauptexportgütern Spaniens nach Russland gehörten 2020 Maschinen, Textilien und Autos. Allerdings machten die spanischen Exporte nach Russland nur 0,15 Prozent der spanischen Wirtschaftsleistung aus.

Nach Angaben von Informa D&B, einem Datenlieferanten für die Bewertung von Handelsrisiken, haben 149 spanische Unternehmen Filialen in Russland. Dazu gehört der spanische Textilriese Inditex, der mit 527 Läden seiner Marken wie Zara oder Massimo Dutti in Russland vertreten ist.

Die größte Sorge der spanischen Unternehmen sind die Folgen des durch den Krieg erhöhten Gas- und Öl-Preises. „Die Zentralbanken sind bisher davon ausgegangen, dass sich die

Inflation ab dem Frühjahr normalisiert – das ist jetzt schwieriger geworden“, sagt Ökonom Lázaro. Die Erholung der spanischen Wirtschaft könnte deshalb schwächer ausfallen.

Schwedens Möbelriese Ikea mit starker Präsenz in Russland

Die Russland-Sanktionen wiegen schwer für große schwedische Konzerne wie Ikea. Der Möbelhändler zählt zu den zehn größten ausländischen Firmen auf dem russischen Markt. Die Lage sei „sehr besorgniserregend“, erklärte eine Ikea-Sprecherin. Die 14 Möbelhäuser in Russland sind bislang geöffnet. Außerdem produzieren die Schweden in mehreren Fabriken in Russland. Über einen Boykott ist noch nicht entschieden worden.

Auch der Textilhändler H&M will noch nicht sagen, wie man in Russland weiter verfahren wird. Der Konzern betreibt 168 Geschäfte auf dem russischen Markt, der mit einem Umsatz im letzten Quartal von gut 200 Millionen Euro zu den zehn größten des Konzerns gehört.

Der schwedische Lkw-Produzent Volvo Lastvagnar gab am Montag bekannt, dass er seine Produktion und den Vertrieb in Russland mit sofortiger Wirkung einstellen werde. Volvo beschäftigt mehr als 1300 Mitarbeiter in Russland. Auch der zum chinesischen Geely-Konzern gehörende Pkw-Hersteller Volvo Cars hat den Verkauf von Autos in Russland bis auf Weiteres eingestellt.

[Tagesschau](#)

SWIFT-Ausschluss gegen sieben Banken

Die EU hat ihre Sanktionen gegen russische Geldhäuser konkretisiert: Sieben russische Banken werden vom SWIFT-System ausgeschlossen - ausgenommen sind aber die Sberbank und die Gazprombank.

Die Europäische Union (EU) hat ihre Sanktionen zum Ausschluss einiger russischer Finanzinstitute aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT in Kraft gesetzt. Wie aus dem EU-Amtsblatt nun hervorgeht, trifft der SWIFT-Ausschluss sieben Banken. Es handelt sich um die zweitgrößte Bank Russlands VTB sowie die Bank Otkritie, die Novikombank, die Staatsbank Promsvyazbank, die Bank Rossiya, die Sovcombank sowie die Staatsbank VEB.

Sberbank und Gazprombank nicht betroffen

Die größte russische Bank Sberbank sowie die Gazprombank sind dagegen nicht betroffen. Ein hochrangiger EU-Beamter begründete dies damit, dass einige EU-Länder besonders abhängig von Energielieferungen aus Russland seien - dazu gehört auch Deutschland. Sberbank und Gazprombank seien die wichtigsten Banken für die Bezahlung der Energielieferungen. Es sei nicht möglich, bestimmte Transaktionen von einem SWIFT-Ausschluss auszunehmen.

Für die Umsetzung gilt eine Übergangsfrist von zehn Tagen. Dies soll dem Beamten zufolge den Übergang für die heimischen Banken erleichtern. Er betonte zudem, dass die EU gegen

die Sberbank und die Gazprombank bereits andere Sanktionen verhängt habe. Ihm zufolge sind mittlerweile mehr als 80 Prozent der russischen Banken von EU-Sanktionen betroffen.

Ziel ist die wirtschaftliche Isolation Russlands

Der SWIFT-Ausschluss ist eine der schärfsten Strafmaßnahmen, die die Europäische Union seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine ergriffen hat. Die Grundsatzentscheidung dazu war in der Nacht zum Sonntag gemeinsam mit Verbündeten wie den USA, Kanada, Italien und Großbritannien getroffen worden.

Nach Angaben der Bundesregierung sollen die Finanzinstitute damit von den internationalen Finanzströmen abgeklemmt werden, was ihr globales Agieren massiv einschränken werde. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte am Wochenende erklärt, man sei angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine entschlossener denn je, "Russland einen hohen Preis für diese Aggression aufzuerlegen und das Land weiter vom internationalen Finanzsystem und wirtschaftlich zu isolieren".

Auch keine Euro-Banknoten mehr für Russland

Neben dem SWIFT-Ausschluss enthält das neue Sanktionspaket auch das Verbot für Investoren in der EU, sich an Projekten des Russian Direct Investment Fund zu beteiligen. Zudem gehört ein Verbot für die Lieferung von Euro-Banknoten an Russland dazu. Hintergrund sei, dass einige Banken zumindest die Möglichkeit erwogen hätten, Banknoten physisch zu transportieren, hieß es.

SWIFT stellt die Infrastruktur zur Verfügung, mit der Finanzinstitute bei Geldtransfers über Landesgrenzen hinweg sicher miteinander kommunizieren können. Ein Ausschluss daraus bedeutet, dass die Betroffenen praktisch vom globalen Finanzsystem abgeschnitten werden. Mehr als 11.000 Teilnehmer in mehr als 200 Ländern nutzen nach Angaben von SWIFT den Dienst - vor allem Banken, aber auch Wertpapierfirmen und große Konzerne.

Weitere Sanktionen gegen Zentralbank

Bereits in Kraft gesetzt haben die USA und die EU unter anderem Sanktionen gegen die russische Zentralbank. Seit der Nacht zum Montag sind Transaktionen mit der Zentralbank verboten und alle Vermögenswerte der Notenbank in der EU eingefroren. Bundesfinanzminister Christian Lindner zufolge zeigt die Maßnahme schon Wirkung: "Der Rubel ist im freien Fall. Die Kriegskasse von Wladimir Putin ist empfindlich getroffen", sagte der FDP-Politiker. "Diese Maßnahme hat geringere Auswirkungen auf uns, aber maximale Auswirkungen auf Russland."

Zudem wird es den russischen Staatsmedien RT (ehemals Russia Today) und Sputnik sowohl im Fernsehen wie auch im Internet verboten, ihre Inhalte zu verbreiten. Die Entscheidung betrifft sowohl Inhalte auf Deutsch wie auf Englisch, Französisch und Spanisch. Alle EU-Länder sind aufgefordert, dies umzusetzen.

[BR](#)

Sanktionen – aber weiter Öl und Gas einkaufen?

Soll Deutschland künftig auf Rohstoffe aus Russland verzichten? Es wäre die logische, vielleicht unausweichliche Konsequenz aus den Sanktionen. Doch ist das überhaupt möglich? Experten sind sich sicher: Es ist machbar - würde aber teuer.

Die Forderung wird immer lauter: Deutschland sollte auf russische Rohstofflieferungen verzichten – und statt Moskau uns den Gashahn, sollten wir Moskau den Geldhahn zudrehen. Das fordert beispielsweise der ukrainische Botschafter in Berlin Andrij Melnyk.

Die bisherigen Sanktionen gegen Russland würden nicht ausreichen. "Viele Schlupflöcher wurden gelassen und jetzt gilt es, alle diese Schlupflöcher zu schließen und alle Kanäle, alle Finanzströme für diese kriegsgerüstete Maschinerie von Putin trocken zu legen - und letztendlich auch dieses Embargo von Importen von strategischen Rohstoffen," so Melnyk.

Ein Verzicht auf Gas, Öl und Steinkohle aus Russland: Ist das möglich? Mit welchen Folgen?

Gas, Öl, Kohle - überall sind neue Quellen gefragt

Derzeit sind die Abhängigkeiten noch groß. Die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung spricht von einem "Kraftakt". Aktuell, so Kemfert, bezieht Deutschland über 50 Prozent seines Gases aus Russland. "Beim Öl sind es 36 Prozent, da haben wir mehr Flexibilität. Wir beziehen auch immer noch Steinkohle aus Russland." Bei der immerhin könne man relativ problemlos auf andere Quellen umsteigen.

Laut Kemfert wäre ein Lieferstopp also möglich – zumindest bei Öl und Kohle. In diesen Bereichen gebe es genügend Alternativen, also andere Länder, die uns beliefern könnten.

Gas: Branchensprecher prophezeit "volkswirtschaftlichen Schock"

Problematisch wird es beim Gas. Sowohl die Haushalte als auch die Industrie wären von Ausfällen stark betroffen, erklärt Timm Kehler vom Branchenverband "Zukunft Gas". Gas sei der wichtigste Energieträger der Industrie. Ohne Gas aus Russland würden Branchen wie die Chemie-, Automobil-, Stahlindustrie große Schwierigkeiten bekommen. Und, so Kehler: Jeder zweite Deutsche heizt mit Gas. Der Branchensprecher ist sich sicher: Fällt Russland als Handelspartner aus, werden die Gaspreise weiter steigen.

Steigende Preise unausweichlich

Auch Kemfert ist pessimistisch. Preispolitisch, sagt sie, fliege uns dieser Krieg um die Ohren, und das nicht zuerst wegen den Sanktionen.

"Der Krieg treibt die Preise nach oben. Das ist der Preis der verschleppten Energiewende, den wir im Moment zahlen. Und die fossilen Preise werden weiter steigen." Claudia Kemfert
Zum Artikel "Energiesicherheit durch Methangas aus Wind- und Sonnenstrom"
Alternative Flüssiggas

Deutschland und die EU versuchen seit Wochen, die Gas-Anhängigkeit von Russland zu reduzieren – mit Flüssiggas (LNG) aus aller Welt. 1,5 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung dafür jetzt zur Verfügung.

Zwei Dutzend LNG-Terminals gebe es in Europa, so Branchenexperte Kehler. Die Bundesregierung habe bereits Schritte unternommen, um Deutschland auf dem globalen Gasmarkt LNG-Mengen zu sichern, die über Belgien und die Niederlande zu uns gebracht werden könnten.

Trotz allem: Die Heizung bleibt warm

In einem Punkt allerdings versucht Kehler, die Verbraucher zu beruhigen: Ihre Gasversorgung sei durch gesetzliche Auflagen vorrangig gesichert. Die Industrie müsste ihren Energieverbrauch und in der Folge ihre Produktion drosseln – teuer, aber nicht unmöglich.

[Deutsche Welle](#),

Welche Sanktionen gegen Russland gibt es?

Sanktionen gegen Finanzinstitute

Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, das Vereinigte Königreich und Kanada haben sich darauf verständigt, bestimmte russische Banken aus dem Zahlungssystem SWIFT auszuschließen. Dieses ermöglicht den Zahlungsverkehr zwischen tausenden Finanzinstituten in 200 Ländern.

Ein Ausschluss von SWIFT gilt als eines der schärfsten Mittel, die das Ausland gegen Russland in der Hand hat: Die Finanzinstitute des Landes sollen so von internationalen Finanzströmen abgeklemmt und ihr globales Agieren massiv eingeschränkt werden.

In der EU ist der SWIFT-Ausschluss seit dem 2. März amtlich, betroffen sind die zweitgrößte russische Bank VTB sowie sechs weitere Institute. Die Sberbank als größte Bank Russlands ist anders als erwartet nicht betroffen. Auch die Gazprombank des staatlichen Gaskonzerns Gazprom ist ausgenommen. Zur Begründung erklärten EU-Beamte, beide seien eng mit dem Öl- und Gassektor verbunden. Die EU wolle damit negative Auswirkungen auf die eigene Energieversorgung vermeiden.

Neben dem SWIFT-Ausschluss wurden weitere Sanktionen gegen den russischen Finanzsektor verhängt. So sind etwa die Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der EU, den USA, Kanada und Großbritannien eingefroren - so soll unterbunden werden, dass damit der Krieg von Russlands Präsident Wladimir Putin finanziert und der Rubel-Wechselkurs gestützt wird. Transaktionen mit dem Institut sind verboten.

Sanktionen gegen Einzelpersonen

Es gibt - vor allem symbolische - Strafmaßnahmen gegen in die Ukraine-Invasion involvierte Akteure, etwa Kremlchef Putin höchstpersönlich oder seinen Außenminister Sergej Lawrow. Großbritannien hat auch vier führende Vertreter des belarussischen Militärs mit Sanktionen belegt. Sie dürften nicht mehr einreisen und ihre Vermögen in Großbritannien würden eingefroren, hieß es.

Aber nicht nur Politiker, sondern auch kremlnahe Geschäftsleute und Oligarchen - inner- und außerhalb Russlands - müssen mit Maßnahmen gegen sie rechnen. In der EU vorhandene Vermögenswerte sollen eingefroren werden, zudem wird insbesondere wohlhabenden Russen die Möglichkeit genommen, sich und ihren Familienangehörigen eine europäische Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Die französische Regierung kündigte bereits an, Besitztümer von Personen, die von den EU-Sanktionen betroffen sind, zu konfiszieren. Derzeit würden Listen von Villen, Yachten und Luxusautos erstellt. Besonders an der südfranzösischen Cote d'Azur befinden sich Sommerresidenzen reicher Russen.

Gesperrter Luftraum

US-Präsident Joe Biden kündigte am 2. März eine Sperrung des US-Luftraums für russische Flugzeuge an. Vor den USA hatten bereits die EU und Kanada russischen Flugzeugen Überflug, Starts und Landungen auf ihrem Gebiet untersagt.

Westliche Länder haben zudem Ausfuhrverbote für Güter, Technologien und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie erlassen. Als Reaktion darauf haben Airbus und Boeing ihre Lieferungen an russische Fluggesellschaften eingestellt. Diese erhalten somit keine Ersatzteile mehr und werden auch technisch nicht mehr unterstützt, wie die beiden Flugzeugbauer mitteilten. Etwa drei Viertel der derzeitigen russischen Verkehrsflugzeugflotte sollen in der EU, den USA und Kanada gebaut worden sein.

Andere staatliche Sanktionen

Die Europäische Union hat den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien verboten - unter anderem für die Ölveredelung. Auch Dienstleistungen in diesem Bereich sind eingeschränkt. Erklärtes Ziel ist es, Russland Möglichkeiten zur notwendigen Modernisierung seiner Ö Raffinerien zu nehmen. Deutschland hat zudem die Zertifizierung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 auf Eis gelegt.

Einschränkungen gelten in der EU auch für Mikroprozessoren oder Ausrüstung, die für die Produktion von Mikrochips benötigt werden. Die USA verbieten den Export von Hightech-Produkten nach Russland ebenfalls.

Deutschland hat sogenannte Hermes-Bürgschaften ausgesetzt - diese sichern Exportgeschäfte deutscher Firmen gegen wirtschaftliche und politische Risiken im Ausland ab. Damit werden Geschäfte mit Russland für deutsche Unternehmen schwieriger - unabhängig davon, ob es um sanktionierte Güter oder Branchen geht oder nicht.

Zudem soll es den russischen Staatsmedien RT (ehemals Russia Today) und Sputnik sowohl im Fernsehen wie auch im Internet in der EU verboten werden, ihre Inhalte zu verbreiten. So wolle man "giftige und schädliche Desinformation in Europa" unterbinden, wie EU-

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte. Die Entscheidung betrifft sowohl Inhalte auf Deutsch wie auf Englisch, Französisch und Spanisch.

NGOs und Unternehmen boykottieren Russland

Unabhängig von den staatlichen Sanktionspaketen haben einige Organisationen, Verbände und Privatunternehmen ihre Beziehungen zu Russland von selbst reduziert oder auf Eis gelegt.

So kündigten etwa die Ölkonzerne ExxonMobil, Shell, BP und Eni wegen des Ukraine-Kriegs ihren Rückzug vom russischen Markt an. US-Filmstudios wie Disney und Paramount wollen vorerst keine Filme mehr in russische Kinos bringen. Internationale Sportverbände verweigern russischen Mannschaften und Sportlern die Teilnahme an Turnieren - eine Ausnahme ist das Internationale Paralympische Komitee.

Und auch im Kulturbereich zieht Russlands Ukraine-Invasion ihre Kreise: Weltweit wurden Konzerte mit russischen Musikern abgesagt, die nicht auf Distanz zu Putin gehen, etwa Star-Dirigent Waleri Gergijew und Opernsängerin Anna Netrebko.

Der Ost-Ausschuss hat ein **Sonderupdate zu den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf Zentralasien** veröffentlicht. Das Update wird wie auch unsere anderen Regional-Updates auf dieser Internetseite eingestellt:

[OA-Updates zu Regionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Aus dem kommenden Update hier bereits in Auszügen Einschätzungen zur Lage in Zentralasien:

Eine Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der Sanktionen auf die Länder Zentralasiens ist noch zu früh, zumal noch nicht alle Details der westlichen Sanktionen bekannt sind und auch die russischen Gegensanktionen noch unklar sind.

Dennoch lassen sich bereits jetzt mögliche Wirkungsvektoren abschätzen:

- **Finanzieller Sektor/Währungsstabilität**

Bis auf Turkmenistan sind alle Länder eng mit der russischen Wirtschaft verbunden. Dies gilt insbesondere für die beiden zentralasiatischen EAWU-Mitglieder Kasachstan und Kirgisistan. So hat beispielsweise die russische Sberbank als zweitgrößtes Finanzinstitut eine fast systemische Stellung in Kasachstan. Auch der Tenge ist sensitiv gegenüber den Entwicklungen im nördlichen Nachbarland. Nach dem Bekanntgeben der Sanktionen hat die kasachische Währung ebenso wie der russische Rubel nachgegeben und musste von der kasachischen Nationalbank gestützt werden. Die gleiche Situation konnte man in Kirgisistan beobachten. Dagegen notierten der usbekische Som und der tadschikische Somoni etwas kräftiger gegenüber dem Euro.

- **Logistik und Transport**

Bereits jetzt sind die **Flüge** über den russischen oder ukrainischen Luftraum nicht möglich, dementsprechend müssen Flüge zwischen Zentralasien und Europa einen längeren Weg nehmen, mit entsprechenden Kostensteigerungen. Der **Seetransport** über russische Häfen, insbesondere für Kasachstan ein wichtiger Weg, ist derzeit nicht mehr möglich, da keine westlichen Reedereien russische Häfen anlaufen. Hier spielen weniger die Sanktionen, sondern die fehlenden Versicherungsmöglichkeiten eine Rolle, nachdem es Meldungen über die Sicherung der Häfen durch Minen gegeben hat. Der **Zugverkehr**, der insbesondere im Transit zwischen China und der EU über Kasachstan, Russland und Belarus abgewickelt wurde, hat derzeit Probleme an den Grenzübergängen. Direkte Sanktionen sind hier bislang nicht in Kraft. Der **Lastwagentransport** von und nach Kasachstan leidet derzeit auch sehr stark, die Route über die Ukraine ist nicht mehr möglich. Zudem ist für rund 100.000 ukrainische Lastwagenfahrer die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie können entweder die Ukraine wegen einer Generalmobilmachung nicht verlassen oder könnten bei einer Einreise eingezogen werden. Kurzfristig positiv wirken sich die Sanktionen durch die stark gestiegenen Überflüge russischer Airlines über dem Land auf die Transiteinnahmen Kasachstans aus.

- **Rücküberweisungen der zentralasiatischen Arbeitskräfte in Russland/Ukraine**

Ein wirtschaftlicher Abschwung in Russland in Folge der Sanktionen könnte zu einem Rückgang der Anzahl zentralasiatischer Gastarbeiter in dem Land führen. Dies wäre insbesondere für Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan schmerzhaft. Bereits jetzt sind die zentralasiatischen Staatsangehörigen, die bislang in der Ukraine tätig waren, auf dem Weg in die Heimatländer. Hier war die Zahl der Arbeitskräfte allerdings im Vergleich zu Russland gering.

- **Rohstoff- und Energieexporte**

Starke Einflüsse könnten mögliche Sanktionen im Rohstoff- und Energiebereich haben. Einerseits könnten Länder wie Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan von den steigenden Preisen kurzfristig profitieren, Kasachstan bei Erdöl und Erdgas sowie Uran, Turkmenistan bei Erdgas und Usbekistan bei Uran. Andererseits stellt sich bei den Erdöl- und Erdgasexporten die Frage des Transports, der bis jetzt vor allem über Russland abgewickelt wurde. Langfristig könnten allerdings Turkmenistans Erdgasexporte nach China leiden, sollte sich Russland China als Abnehmer zuwenden. Diese Entwicklungen sind freilich rein spekulativ, da bislang keine Sanktionen in dem Bereich installiert wurden.

**Unterstützung der Sanktionen - erhebliche Auswirkungen des Krieges
Zum Krieg in der Ukraine und den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die deutsche
Automobilindustrie erklärt VDA-Präsidentin Hildegard Müller:**

"Die Unternehmen der deutschen Automobilindustrie verurteilen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den

betroffenen Menschen. Es sind unsere europäischen Nachbarn, die ein Recht auf eine selbstbestimmte Entwicklung und Zukunft ihres Landes haben!

Dieser Krieg stellt einen klaren Bruch des Völkerrechts dar, der Überfall auf die Ukraine und das brutale Vorgehen des russischen Staates gegen die Zivilbevölkerung muss sofort gestoppt werden. Wir unterstützen ausdrücklich die Sanktionen der EU. Schnelle Hilfe und ein Ende der Kampfhandlungen müssen im Vordergrund stehen, wirtschaftliche Fragen stehen jetzt dahinter zurück.

Wir befinden uns im engen Gespräch mit der Bundesregierung, um ein Bild der Lage zu geben und die praktischen Fragen der Unternehmen z.B. zur Umsetzung der Sanktionen einzubringen. Mit unseren Mitgliedsunternehmen sind wir im ständigen Austausch, um ein Gesamtbild über die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kriegsgebiet und die ökonomische Lage zu erstellen.

7. Hilfsaktionen

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

* Was werden wir tun? *

In dieser Phase konzentriert sich die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

* Wer verwaltet das Hauptquartier? *

Andriy Yermak, Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, wird zum Chef des Stabes ernannt.

Yulia Sokolovska, stellvertretende Leiterin des OPU für Soziales und Gesundheit, übernimmt die Verantwortung für die operativen Prozesse.

Daria Zarivna, Beraterin der OPU-Leiterin für Kommunikation, ist für die Informationsunterstützung zuständig.

Es ist einfach, uns zu kontaktieren:

Anfragen zur Unterstützung von Militärverwaltungen und Gemeinden können hier gestellt werden:

Kosenko.msp@gmail.com

Große ukrainische Unternehmen können uns hier schreiben:

koord.shtab.2022@gmail.com

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Hilfslogistik Ukraine

Insbesondere die Aufnahme von Hilfsgütern an der polnischen Ostgrenze ist mittlerweile gut organisiert. Diese werden dort von Ukrainern aufgenommen und nach Lemberg transportiert. In Lemberg gibt es strukturierte Verteilzentren, von denen aus die Transporte dann ins Land gehen. Der Ost-Ausschuss kann hier Kontakte vermitteln.

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPubLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationssseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutsche-bank.de)

Weitere Links von Initiativen:

[#StandWithUkraine – MitOst](https://www.mitost.de)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](https://www.elinor.network)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://www.supportukrainenow.org)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

